

Umfrage

EUROPA: Was erwarten die Deutschen von der Europäischen Union? In der Hauptsache eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. So das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage von TNS im Auftrag der EU-Kommission kurz vor dem Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. 84 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus.

Sogar 88 Prozent wünschen sich eine stärkere Kooperation im Kampf gegen Terrorismus. Jeweils gut drei Viertel wünschen sich eine gemeinsame EU-Außenpolitik – und sind der Meinung, dass die Mitgliedstaaten beim Thema Umweltschutz grenzüberschreitend zusammenarbeiten sollen. Immerhin noch 53 Prozent der Deutschen erwarten von der EU mehr Anstrengungen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, 43 Prozent im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Auf sozialem Gebiet, im Umweltschutz und im Gesundheitswesen halten die Bundesbürger die Europäische Union für leistungsfähiger und besser organisiert als die USA. Damit Europa auch wirtschaftlich leistungsfähiger wird, halten drei Viertel der Deutschen mehr Investitionen in Bildung und Ausbildung für sinnvoll. 65 Prozent glauben, dass zusätzliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung von zentraler Bedeutung sind. Von einer Anhebung der gesetzlich erlaubten Arbeitszeit halten die Bundesbürger dagegen wenig: Hier liegt die Zustimmung lediglich bei 8 Prozent.

Eurobarometer 66, Nationaler Bericht Deutschland, Herbst 2006

GESUNDHEITSPOLITIK

Milliarden fließen ab

Die privaten Krankenversicherungen vergüten Ärzte zwar häufig besser als die gesetzlichen Kassen. Dennoch: Das Nebeneinander von Gesetzlichen und Privaten entzieht dem Gesundheitswesen Geld.

In der gesetzlichen Krankenkasse bleiben, oder doch zu den Privaten wechseln? Die Wahlmöglichkeit der Gutverdienenden schwächt die Gesundheitsversorgung jährlich um mehrere Milliarden Euro. Zu diesem Ergebnis kommt eine Simulationsstudie des Ökonomen Johannes Leinert* vom Wissenschaftlichen Institut der AOK. Weil sich ein Bezieher eines hohen Einkommens aus der gesetzlichen Krankenversicherung ausklinken darf, sinken deren Einnahmen.

Arbeitnehmer, die sich privat versichern, verdienen im Schnitt jedes Jahr gut 17.000 Euro mehr als gesetzlich Versicherte, hat Leinert auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels berechnet. Unter Rentnern haben Privatpatienten im Schnitt um rund 8.000 Euro höhere Einkünfte, unter Selbstständigen fast ebenso viel.

Die Studie des Gesundheitsökonomen zeigt: Die insbesondere im ambulanten Be-

reich höheren Vergütungen der Privatkassen können die entgangenen Einnahmen nicht ausgleichen. Leinert hat den Status Quo mit einem hypothetischen integrierten Versicherungssystem verglichen. Als Beitragssatz für alle taxiert er 14,3 Prozent. Wer bislang gesetzlich versichert ist, würde dann im Schnitt 224 Euro im Monat zahlen, bisher privat Versicherte 359 Euro. Insgesamt käme so ein Beitragssaufkommen von 163,5 Milliarden Euro im Jahr zusammen, so die Kalkulation. In einem integrierten System stünden folglich – wenn man Verwaltungskosten abzieht – über 151 Milliarden Euro für Gesundheitsleistungen bereit. Das ist deutlich mehr als beide Kassenarten für die Patienten 2003 ausgegeben haben, Wahlleistungen in Krankenhäusern inbegriffen. Leinerts Resümee: „In einem Versicherungssystem mit Beteiligung aller Bürger an der solidarischen Finanzierung der Gesundheitsversorgung hätten daher im Jahr 2003 dem Gesundheitswesen nicht weniger, sondern einige Milliarden Euro mehr zur Verfügung gestanden.“ ▶

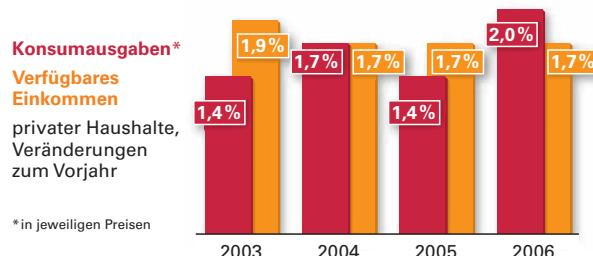
*Quelle: Johannes Leinert: Einkommensselektion und ihre Folgen, in: Klaus Jacobs, Jürgen Klauber, Johannes Leinert: Fairer Wettbewerb oder Risiko-selektion? Analysen zur gesetzlichen und privaten Krankenversicherung, Bonn, 2006
Download unter www.boecklerimpuls.de

Deutschland kauft wieder ein

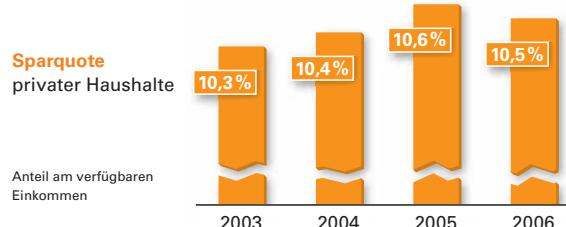
Seit 2001 hatte die Kaufzurückhaltung der privaten Haushalte das Wirtschaftswachstum gebremst. 2006 war es damit vorbei. Binnen- und Außennachfrage sorgten für eine kräftige wirtschaftliche Entwicklung. Dies zeigen die frischen Zahlen des Statistischen Bundesamtes für das vergangene Jahr. Ungewöhnlich: Die privaten Konsumausgaben stiegen, anders als in den Jahren zuvor, stärker als das verfügbare Einkommen. Entsprechend sank erstmals seit dem Jahr 2000 auch die Sparquote der privaten Haushalte, wenn auch nur leicht.

Statistisches Bundesamt 2007
Download unter www.boecklerimpuls.de

Großzügiger beim Konsum



Ein Zehntel des Einkommens wird gespart



Quelle: Statistisches Bundesamt 2007 | ©Hans-Böckler-Stiftung 2007